

17.1.14: Keine Antwort auf J.W. „blanke Unterstellung“

WINDKRAFT Hoffmann: Haben hier keine Korruption

NEU-ANSPACH (kat). Ungehalten ist Bürgermeister Klaus Hoffmann nicht. Aber genervt sehr wohl. Wie auch andere Lokalpolitiker oder der Magistrat, die nicht auf das Schreiben von Dr. Olaf Gierke von der windkraftkritischen Feldberginitiative antworten wollen. In dem Schreiben geht es in erster Linie um eine Korruptionsaffäre in Thüringen im Zusammenhang mit einem ehrenamtlichen Beigeordneten, der auch als Berater für die Windkraft-Investorenfirma Juwi gearbeitet hat (der Usinger Anzeiger berichtete). Da Juwi nun auch das Windkraftprojekt auf Neu-Anspacher Gemarkung betreibt, fragt die Bürgerinitiative unter anderem, ob der hiesigen Politik die Korruptionsvorwürfe bekannt gewesen seien, warum die Verhandlungen nicht ausgesetzt worden seien oder ob auch Personen, die in Neu-Anspach „faktisch oder rechtlich Einfluss nehmen können“, beratend für Juwi oder deren Gesellschaft tätig seien.

Hoffmann will auf diese Vorwürfe nicht weiter eingehen und spricht von einer „Frechheit“. Er sehe dieses Schreiben, ebenso wie viele andere Kommunalpolitiker, als blanke Unterstellung. „Wir haben hier keine Korruption und keine Leute, die Beraterverträge abgeschlossen haben“, sagt er. Was „irgendwo im Osten abgelaufen

ist, interessiert uns hier nicht“, setzt Hoffmann nach.

Zudem liege das Verfahren nicht mehr in den Händen der Kommunalpolitik, sondern vielmehr beim Regierungspräsidium. Und solange keine Behörde rotes Licht gebe und mitteile, dass die Windräder nicht an den vorgegebenen Stellen erstellt werden dürften, so lange werde das Prozedere weiterlaufen.

Noch einmal weist Hoffmann darauf hin, dass das Verfahren zuvor transparent und öffentlich geführt worden sei. Bereits am 11. Dezember 2012 habe es eine erste Bürgerinfoveranstaltung gegeben. Zudem habe die Politik sehr einmütig mit 32 Ja-, zwei Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen abgestimmt. „Wir haben uns nichts vorzuwerfen“, so Hoffmann und genau vor diesem Hintergrund ärgere ihn auch die Darstellung, man habe die Bevölkerung bei diesem Thema außen vor gelassen.

Dass die Anfeindungen auch persönlicher Art gewesen seien, zumindest auf der Homepage der Feldberginitiative, das ist ihm sehr wohl bekannt.

Eine Entscheidung des Regierungspräsidiums wird für den Sommer erwartet. „Danach gibt es auch wieder eine Bürgerinformationsveranstaltung“, sagt Hoffmann.